

Laibacher Zeitung.



Nr. 11. **Montag, 15. Jänner** 1866. **Preis:** Im Comptoir ganzl. fl. 11, halbj. fl. 5.50. Für die Zustellung ins Haus halbj. 50 kr. Mit der Post ganzl. fl. 15, halbj. fl. 7.50. **Insertionspreis:** bis 10 Zeilen: 1mal 60 kr., 2mal 80 kr., 3mal 1 fl.; sonst dr. Seite 1m. 6 kr., 2m. 8 kr., 3m. 10 kr. u. s. w. Insertionsstempel jedesm. 30 fr.

Amtlicher Theil.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 31. Dezember v. J. den Professor an der theologischen Lehranstalt zu Tarnow Ehrenndomherrn Dr. Laurenz Swiazdow zum Ehrenmitgliedern an dem Tarnower Domkapitel allergnädigst zu ernennen geruht.

Der Staatsminister hat über Vorschlag des Gemeinderathes der Stadt Castelfranco den Conte Francesco Revedin zum dortigen Podestà ernannt.

Der Justizminister hat die im Provinzialstrafhause zu Prag erledigte Direktorstelle dem mit der interimistischen Leitung dieser Strafanstalt betrauten Verwalter des Prager Zwangsarbeitshauses Eduard Fischer verliehen.

Am 12. Jänner 1866 wurde in der k. k. Hof- und Staatsdruckerei in Wien das 1. Stück des Reichsgefesblattes ausgegeben und versendet.

- Daselbe enthält unter
 - Nr. 1 das Uebereinkommen vom 18. Oktober 1865 zwischen dem Kaiserthume Oesterreich und dem Fürstenthume Schwarzburg-Sondershausen über die Legalisirung von Urkunden, gültig für das ganze Reich (die Ausfertigung dieses Uebereinkommens erfolgte zu Wien am 18. Oktober 1865 und zu Sondershausen am 20. November 1865);
 - Nr. 2 den Handelsvertrag zwischen Oesterreich und Großbritannien vom 16. Dezember 1865 (abgeschlossen zu Wien am 16. Dezember 1865 und in den beiderseitigen Ratifizirungen ausgetauscht ebendortselbst am 4. Jänner 1866. Von Sr. k. k. Apostolischen Majestät ratifizirt zu Wien am 29. Dezember 1865);
 - Nr. 3 die Kundmachung des Ministeriums des kaiserlichen Hauses und des Aeusern vom 29. Dezember 1865, betreffend den Beitritt der herzoglich nassauischen Regierung zu dem zwischen der k. k. österreichischen Regierung für das Kaiserthum Oesterreich und das Fürstenthum Liechtenstein einerseits und der königlich preussischen und der königlich bayerischen Regierung unter Vorbehalt des Beitrittes der übrigen Staaten des deutschen Zollvereins andererseits abgeschlossenen Uebereinkommen über den gegenseitig zu gewährenden gegenseitigen Schutz gegen die Verfälschung von Stempelzeichen, Postmarken, Amtsstempeln und öffentlichen Bescheinigungen und Beglaubigungen, so wie von Formularen, welche zu solchen Bescheinigungen und Beglaubigungen dienen können, ferner gegen die Verletzung amtlicher Waarenverzeichnisse (N. S. V. Nr. 37, Jahrgang 1865), wirksam für das ganze Reich;
 - Nr. 4 die Kundmachung des Finanzministeriums vom 29. Dezember 1865 über die Ermächtigung des Nebenzollamtes zweiter Klasse zu Neuwald in Böhmen zur Austrittsbehandlung von Bier;
 - Nr. 5 den Erlaß der Ministerien der Finanzen und des Handels vom 29. Dezember 1865, wodurch natürliche oder künstlich erzeugte Mineralöle von der Einlagerung in die zollamtlichen Magazine ausgeschlossen werden, gültig für die Zollämter sowohl des allgemeinen als des dalmatinischen Zollgebietes;
 - Nr. 6 den Erlaß der Ministerien der Finanzen und des Handels vom 2. Jänner 1866 über die Zollbehandlung der lactirten Fäulze, dann der mit Lack überzogenen Fäulzhüte, gültig für das allgemeine Zollgebiet.
- Vom k. k. Redaktions-Bureau des Reichsgefesblattes.

oder England, ist schwer zu sagen. Im Ganzen doch wohl England, das, wenn auch sein Führer nicht die konzentrirte Gewalt des französischen Herrschers besaß, doch durch den solidern Volkscharakter, die deshalb zulässige größere Freiheit und die stärkere Kapital- und Industriemacht einen schwer einzuholenden Vorsprung hat. Bei allem Schein der Initiative, welchen Palmerston dem französischen Herrscher überließ, hat der letztere in der Regel Englands Werk gethan. Im Krimkrieg focht Napoleon so sehr für Englands Interesse, daß die Briten selbst mißtrauisch wurden und stets eine Falle fürchteten. Im italienischen Krieg brach Napoleon, getragen von den Wogen der geschickt erregten öffentlichen Meinung, zwar unwiderstehlich durch, und trug denn auch, gewiß gegen den Willen Englands, Savoyen und Nizza als Beute heim; aber auf dem Fuße folgte ihm England auf die Halbinsel, bot ihm durch Garibaldi und Mazzini Schach und nahm von den geöffneten Märkten für seine Industrie den Löwenantheil. Auch der französisch-preussische Vertrag dürfte für England mindestens eben so werthvoll ausfallen, als für Frankreich. Napoleon seinerseits gewann durch diese kluge Rücksichtnahme auf die englischen Interessen entweder den Beistand Englands, oder doch die Freiheit der Aktion, die er zur Befestigung seiner Herrschaft für nöthig hielt, und es läßt sich nicht leugnen, daß beide Staaten durch ihr Einverständnis an Macht, Ansehen und Reichthum außerordentlich gewonnen haben.

Ganz anders aber wirkte die Hegemonie Englands und Frankreichs auf die übrigen Länder und Völker. Kein einziges derselben, das nicht ihren Druck empfunden hätte. Es sei nun immerhin zugegeben, daß wirklich einige Zwecke der freieren Entwicklung durch das englisch-französische Einverständnis gefördert wurden — wie hätte dies bei einer im Allgemeinen voranschreitenden Zeitperiode anders sein können? Aber zunächst diene doch Alles dem Egoismus jener beiden Großstaaten, welche, wie die Mode, so auch die herrschenden Ideen diktiren und oft mit ziemlich willkürlicher, interessirter Auswahl in Kurs setzen. Wo sind befriedigte Zustände? Alle möglichen „Fragen“ wurden gestellt, aber keine einzige gründlich gelöst. Wie viel Berechtigtes auch die Nationalitätsidee haben mag, in der einseitigen Form, womit sie in den letzten Jahren in die Welt getreten, hat sie mehr Verwirrung als Heil gebracht, und insbesondere dazu gedient, die echten Freiheitsfragen in den Hintergrund zu drängen. Ganz ähnlich müssen wir von unserem Standpunkt über die von England in Umlauf gesetzte Idee urtheilen, als ob die gesammte Volkswirtschaft keinen höheren Zweck hätte, als für unbesteuerten Eingang englischer Fabrikate zu sorgen.

Wenn nun jetzt die stille Uebereinkunft zwischen den beiden westlichen Staaten in die Brüche gegangen, so ist das für die übrigen Völker kein großes Unglück. Im Gegentheil erblicken wir darin ein günstiges Angebinde, womit uns das scheidende Jahr 1865 beschenkt und für seine im Uebrigen wenig erfreulichen Ereignisse entschädigt hat.

15. Sitzung des krainischen Landtages am 13. Jänner.

Anfang um halb 11 Uhr.
Dem Hause präsidiert der Herr Landeshauptmann-Stellvertreter v. Wurzbach.
Gegenwärtig seitens der Regierung: Se. Excellenz der Herr k. k. Statthalter Freiherr v. Bach und der Herr k. k. Landesrath Roth.
Nach Genehmigung des Sitzungsprotokollles theilt der Herr Vizepräsident mit, daß folgende Einlagen eingelangt seien:
Ein Gesuch der Ansassen von Dole, Cudenberg, Zeilendorf u. c. um Nichtgenehmigung des Baues einer Bezirksstraße von Sajrah über Sabrac nach Godoviz; ein Gesuch der in der Pfarre Kaltenfeld gelegenen Ortschaften um Zuthellung zur Bezirkshauptmannschaft Abelsberg, und
ein Gesuch der Gemeinden Großlak, Schleiniz und Voitsch um Zuthellung zur Bezirkshauptmannschaft Laibach.
Werden den betreffenden Ausschüssen zugewiesen.
Ferner sei überreicht worden: ein Antrag des Abg. Dr. Costa, wornach die 2. Alinea des §. 38 der Landesordnung für die erste und zweite sechsjährige Landtagsperiode außer Kraft gesetzt und der Landesauschuß beauftragt werde, in Erwägung zu ziehen und dem nächsten Landtage das Gutachten abzugeben, inwiefern die Landesordnung und die Landeswahlordnung zur Kräfti-

gung der Landesautonomie und der geistigen und materiellen Wohlfahrt des Landes einer allgemeinen Abänderung zu unterziehen wären; ein Antrag des Abg. Dr. Bleiweis wegen Regelung der Unterrichtssprache an den Volks- und Mittelschulen des Landes.

Diesen beiden Anträgen wird die seinerzeitige Behandlung und die von den Antragstellern angesuchte Vervielfältigung zur Betheilung der Mitglieder des Hauses vom Herrn Vizepräsidenten zugesagt.

Endlich seien zwei Interpellationen des Abg. Svetec an Se. Excellenz den Herrn k. k. Statthalter übergeben worden, wovon die eine dem verlesenen Inhalte nach die Besetzung einer Lehrstelle an der hiesigen Oberrealschule mit Uebergehung der einheimischen qualifizirten Bewerber, die andere Reklamationen bezüglich der der nationalen Sprachberechtigung entgegenstehenden Aufnahme von Protokollen mit slovenischen Parteien in deutscher Sprache zum Gegenstande hat. Se. Excellenz der Herr k. k. Statthalter jagte die Beantwortung der Interpellationen für eine der nächsten Sitzungen zu.

Sohin wird zur Tagesordnung geschritten.
Erster Gegenstand derselben ist der Bericht des Landesauschusses über die Anträge des hies. Handelsmannes, Josef Gregoric und des hies. Hotelbesizers, Josef Saller wegen Uebernahme der Krankenverpflegung und der Medikamentenlieferung im Laibacher Zivilspitale. Laut jenes Berichtes hat sich Josef Saller zur Uebernahme der Regie gegen Verrechnung der wirklich verarbeiteten Speisen und Getränke nach den Marktpreisen und einen Nachlaß von 10 Prozent; Josef Gregoric aber unter denselben Bedingungen gegen einen 12 perz. Nachlaß erboten. Diese Offerte berühren jedoch die Beistellung des Wartepersonals, die Instandhaltung des Inventars an Leib- und Bettwäsche und des sonstigen fundus instructus nicht. Da es sich nun bei einer geordneten Krankenverpflegung nicht bloß darum handeln könne, die wohlfeilsten Speisen und Getränke zu erzielen, sondern daß ohne Außerachtlassung der Interessen des Landesfundes die Verpflegung der Kranken eine gute und die ganze übrige Regie eine wohlgeordnete, dem Zwecke der Heilanstalt entsprechende sei, — so erachte der Landesauschuß für zweckdienlicher, daß die Regie in den Händen der Schwestern der christlichen Liebe belassen, eine Ermäßigung der Spitalskosten aber nach dem Beispiele der steiermärkischen Landesvertretung angestrebt werde.

Es sei nämlich für das Grazer Zivilspital, dessen Regie von Schwestern desselben Ordens besorgt wird, der Vertrag mit Beginn des Jahres 1865 dahin abgeändert worden, daß statt der Bezahlung der Verpflegungsgebühren nach einem Pauschalbetrage per Kopf und Tag, die Bezahlung der wirklich verabreichten Speisen und Getränke stipulirt und in die Vertragsverbindlichkeiten auch jene der Nachschaffung und Erhaltung des ganzen fundus instructus einbezogen wurde. Nach Mittheilung des steierischen Landesauschusses habe dieser Modus wesentliche Ersparnisse erzielt. Dennoch glaubt der krainische Landesauschuß, um die geeigneten Anträge auf einer festen Grundlage einbringen zu können, daß das Ergebnis der in Graz während eines vollen Jahres gemachten Erfahrungen abzuwarten wäre.

Dieser Bericht wird vom Hause zur genehmigenden Kenntniß genommen.

Hierauf wird die an der Tagesordnung als zweiter Gegenstand stehende Wahl der Deputation zur Ueberreichung der Vorstellung, betreffend die vom hohen k. k. Finanzministerium abgelehnte Entschädigung für den inkamerirten Provinzialfond, vorgenommen.

Aus der Wahl gehen der Herr Landeshauptmann Freiherr v. Codelli und die Abg. Dr. Toman und Freiherr v. Apfaltrern hervor.

Letzter Berathungsgegenstand ist der vom betreffenden Komitee ausgearbeitete Entwurf zu einem Gesetze, betreffend die Kategorisirung der Straßen Krains in Durchführung des vom krainischen Landtage beschlossenen und mit allerh. Entschliessung vom 14. April 1864 genehmigten Straßen-Konturrenzgesetzes. Nach dem jenem Gesetzentwurf einbegleitenden Berichte des Komitees hat derselbe seine Erwägungen nicht auf die von den Gemeinden und den k. k. Bezirksämtern gestellten Anträge beschränkt, sondern auch die Mittel zur Förderung des hierländigen Straßenwesens mit Bedachtnahme auf die Landesverhältnisse und die Leistungsfähigkeit der Steuerträger erstreckt. Das Komitee glaubt sich vor Allem gegen die Erhebung der dermaligen Bezirksstraßen zu Landesstraßen aus denselben Gründen erklären

Nichtamtlicher Theil.

Ein Rückblick.

Unter dieser Ueberschrift bringt die „Allg. Ztg.“ eine interessante Betrachtung über die letzten dreizehn Jahre der Weltgeschichte.
Die Jahre von 1852 bis 1865 — sagt das Blatt — werden vielleicht von einer späteren Geschichtsschreibung als die Periode des **Dunmivrats** bezeichnet werden. Denn zwei Männer waren es, welche diese Zeit beherrschten — **Louis Napoleon** und **Palmerston**. Sie regierten nicht mehr so willkürlich, wie es früher möglich gewesen wäre, dazu ist denn doch die Welt zu wachsam und wählerisch; sie hatten vor Allem auf den Willen ihrer beiden Völker die größte, sorglichste Rücksicht zu nehmen; aber wo sie mit diesem in Einklang waren und sich nicht unter einander beschränkten, da gab es für sie kaum eine bedeutende Schranke. Stets argwöhnisch unter einander, verstanden sie sich doch vortrefflich; oft zerfallen, verbanden sie sich doch immer wieder. Ein tiefes Bedürfnis zog sie zu einander hin; es mag sein, daß ein gewisser Gegensatz, in welchem beide Männer nach Temperament zu ihren Völkern standen, ihr Bündniß begünstigte. Der leichtblütige Celte im Land der Germanen und der bedächtige, fast germanische Charakter, der den Thron Galliens inne hatte, ergänzten sich, begriffen sich, hielten sich im Schach, und arbeiteten sich auf merkwürdige Weise in die Hände. Wer von dieser Allianz den größern Vortheil gezogen hat, ob Frankreich

zu sollen, aus welchen sich der Landesausschuß in seinem bezüglichen Berichte dagegen ausgesprochen hat.

Diese Gründe bestehen darin, daß der Verkehr des Landes durch die Eisenbahn und durch die das Land in den beiden Hauptrichtungen von NW. nach SO. und von NO. nach SW. durchziehenden und sich mehrfach abästenen Ararialstraßen vermittelt werde und allen zu Landesstraßen beantragten Bezirksstraßen das im §. 2 des Straßengesetzes geforderte Kriterium der Wichtigkeit für die Vermittelung des Landesverkehrs abgehe. Ueberdies sei das System der Landesstraßen ein kostspieliges, indem die technische und ökonomische Verwaltung derselben mit den obwaltenden Bedürfnissen des Verkehrs in keinem Verhältnisse stehe und zu einer nicht zu erschwingenden Belastung des Landesfondes führen würde. Endlich würde das zur theilweisen Deckung der Kosten des besagten Systems vom Gesetze gebotene Mittel der Bemaunthung der Landesstraßen zum Widerspruche mit dem allgemeinen Rufe der Industrie und der Ueberschuldung nach billigen Frachten führen und die Bevölkerung in der Bemaunthung ein bei Weitem größeres Opfer erblicken, als sie bisher für die Herstellung und Erhaltung manthfreier Bezirksstraßen durch Naturalrobot und Bezirksumlagen gebracht hat. Zur näheren Beleuchtung des Kostenpunktes hebt der Komiteebericht insbesondere hervor, daß sich die jährlichen Erhaltungskosten für Landesstraßen bei Annahme des Betrages von nur 50 fr. per Kurrentklasten, welche Kosten der Hälfte jener für eine gleiche Strecke einer hierländigen Reichsstraße gleichkommen, — schon für den Fall, als nur die Hälfte der von den Gemeinden und Bezirksämtern beantragten Landesstraßen als solche erklärt würde, mit 92.000 fl. berechnen und daher eine Perz. Landesumlage notwendig machen würden; wogegen gegenwärtig die Herstellung und Erhaltung sämtlicher hierländiger Bezirksstraßen neben den Naturalleistungen durchschnittlich nur 4 bis 5 Prozent an Bezirksumlagen für Barzahlungen beansprucht hat. Die Einführung von Landesstraßen würde aber nicht nur eine um 4 bis 5 Prozent höhere Landesumlage für Straßenzwecke ohne Einbeziehung neuer Straßenherstellungen und neuer Kunstbauten mit sich bringen; es würden auch bei dem Umstande, daß die Naturalleistungen für Konkurrenzstraßen und die Barauslagen für Kunstbauten an den letzteren den Konkurrenzgemeinden noch außerdem obliegen, die Kosten des Straßensystems in Krain eine höchst ungleichförmige Belastung der Bevölkerung zur Folge haben.

Das Komitee müsse sich daher gegen die Einführung der Landesstraßen überhaupt erklären und als viel zweckmäßiger für die Herstellung und Erhaltung der wichtigeren Straßenverbindungen im Wege der gemeindefreien Konkurrenz, somit für Konkurrenzstraßen und theilweise Subventionirung derselben aus dem Landesfonde in berücksichtigungswürdigen Fällen aussprechen.

Die Eintheilung der Straßen in die Kategorie der Konkurrenzstraßen habe das Komitee auf Grund der vom Baudepartement der k. k. Landesregierung im Jahre 1863 ausgearbeiteten Straßenkarte und Beschreibung der Bezirksstraßen vorgenommen und sich hierbei die maßgebenden Momente der Wichtigkeit einer Straße, die sie als Verbindung des Landes mit den Nachbarländern, oder wegen ihrer bedeutenden Ausdehnung, ihrer Kostspieligkeit und eigenthümlichen Lage hat, vor Augen gehalten. Auch habe das Komitee Bezirksstraßen vorgeschlagen, die für die Zukunft füglich als Gemeindefreie, und Gemeindefreie, die als Konkurrenzstraßen zu behandeln wären.

Nach den hierauf im Komiteeberichte aufgenommenen speziellen Andeutungen wäre die sogenannte Kaiser Straße, die vorzüglich im Interesse der Militärgränze projektiert, vom k. k. Militärärar auch subventionirt wurde, aber in Folge der im Jahre 1861 erfolgten Sistirung der Bezirksstraßenbauten unvollendet blieb, als Konkurrenzstraße unter der Bedingung zu erklären, daß das k. k. Militärärar einen entsprechenden Beitrag zu ihrer Vollendung und eine jährliche Subvention pr. 2000 fl.; ferner die Domäne Landstraß die unentgeltliche Ueberlassung des zur Schottergewinnung nöthigen Materials zusichere. Weiters wäre die bei der Ortschaft Givie befindliche Brücke über die Ranka, der Wichtigkeit des Straßenzuges wegen, als Konkurrenzbrücke zu erklären. Desgleichen die Brücken über die Feistritz bei Homez und Streine. Dann wäre die über den Wagensberg führende Littai-Pluskaer Straße entsprechend umzulegen; der Gemeindefreie Weg von Gurkfeld über den Thurnamhart bis Koritenza zur Konkurrenzstraße zu erheben; der sistirte Durchbruch durch den Krakauer Wald auszuführen; die Rudolfswerth-Seisenberger Straße über Obergurk, Voitsch, Schalna nach Großlupp fortzuführen; endlich die Rekastraße wegen ihrer Kostspieligkeit, sowie die Urabker Straße wegen ihrer Wichtigkeit zu subventioniren.

Daraufhin stellt das Komitee folgende Schlufsanträge:

1. Der vorliegende Gesetzentwurf wolle genehmigt,
2. die Inangriffnahme der Strecke der Rudolfswerth-Gurkfelder Straße von Mercedendorf durch den Krakauerwald nach Großdorf, die Fortsetzung der Seisenberger Straße gegen Voitsch nach Großlupp und die neue Straße im Wippacher Bezirke über Manie bis an die küstländische Grenze, — als dringend anerkannt

und die Anlegung der Littai-Pluskaer Straße als zunächst dringend bezeichnet werden;

3. wolle zur Subventionirung besonders wichtiger und kostspieliger Konkurrenzstraßen alljährlich beim Landesfonde ein nach dem jeweiligen Bedarfe zu bestimmender Betrag eingestellt, hiebei aber der Grundsatz festgehalten werden, daß die Herstellung und Erhaltung aller Konkurrenzstraßen in der Regel den betreffenden Konkurrenz-Rayons obliegen;

4. für das Jahr 1866 wolle für Straßensubventionen nachträglich ins Präliminare des Landesfondes der Betrag von 10.000 fl. eingestellt und hievon dem Bezirke Senofsch für die Kunstbauten an der Rekastraße der Beitrag von 1000 fl. bewilligt werden.

Nachdem auch der Gesetzesentwurf, betreffend die Kategorisirung der Straßen zur Verlesung gelangt ist, wird die Generaldebatte eröffnet.

Abg. Dr. Costa: Der vorliegende Gesetzentwurf mit den unter einem gestellten Anträgen sei in volkswirtschaftlicher und insbesondere in finanzieller Beziehung von Wichtigkeit und erfordere daher eine genaue Erwägung. Er wolle zwar die dankenswerthe Arbeit des Komitee nicht verkennen, müsse aber die gestellten Anträge als verfräht halten. Denn das bereits sanktionirte Straßensubventionengesetz unterscheide zwei verschiedene Momente, nämlich die Kategorisirung der Straßen und die Zuweisung derselben an die Konkurrenzrayons. Das Operat über die Kategorisirung liege nun vor. Die Straßenzuweisung an die Konkurrenzrayons könne aber bis zur Kreirung der neuen Gemeinden und bis zur Wahl der Staßentomitee nicht erfolgen. Man habe im Jahre 1861 die Weiterführung der damals sistirten Bezirksstraßenbauten bis auf den Zeitpunkt hinauszuschieben befunden, bis die neuen Gemeinden organisiert sein werden. Und nun wolle man heute beschließen, diese oder jene Straße sei eine Konkurrenzstraße, ohne die neuen Gemeinden vor sich zu haben. Auch werden einige Straßen zur sogleichen Ausführung und für dieselben Subventionen beantragt. Aber wie soll die Ausführung stattfinden, da sich die Beitragspflicht gegenüber dieser oder jener neuen Gemeinde wegen deren Vorhandensein nicht bestimmen lasse. Es fehle sonach jede Grundlage zur Durchführung des Straßensubventionengesetzes, es müsse die durch die Organisirung der neuen Gemeinden bedingte Regelung der Konkurrenzpflicht abgewartet werden. Selbst die Kategorisirung der Straßen wäre bis zum Inslebenreten der neuen Gemeinden, welchen diesfalls ein maßgebendes Votum zustehe, zu vertagen. Er stelle daher den Antrag, der Landtag wolle sich 1. gegen das System der Landesstraßen aus dem im Komiteeberichte dagegen geltend gemachten Gründen erklären, dann 2. über die Anträge des Landesausschusses und des Straßentomitee's, mit Ausnahme jener in Betreff der Kaiser Straße zur Tagesordnung übergehen; 3. ferner den Landesausschuß beauftragen, auf Grund der vorliegenden Gesetzesoperat nach dem Zustandekommen der neuen Gemeinden einen auf die Gutachten dieser Gemeinden sich stützenden neuen Gesetzentwurf seinerzeit einzubringen, und endlich 4. wolle der Landtag bezüglich des Gesuches der Gemeinde Grobsche um einen Beitrag für ihre Brücke aus dem Landesfonde ohne weiters abprechen.

Der Herr Vizepräsident stellt über die Punkte 2 und 3 die Unterstützungsfrage. Werden unterstützt.

Abg. Koren spricht gegen den Antrag des Landesausschusses und des Straßentomitee für die Einführung der Mauth an kostspieligen Straßenzügen. Zu diesem Ende beleuchtet Redner beispielsweise die Schwierigkeiten der Erhaltung der ausgedehnten Reifnitz-Planinaer Bezirksstraße, in welche die Straßen von ganz Unterkrain beinahe einmünden. Bei solchen Straßen sei die Unterstützung der Konkurrenzpflichtigen eine absolute Nothwendigkeit. Diese Unterstützung sehe Redner in den Mauthen, die im Sinne des §. 8 des Straßengesetzes zulässig seien und zu denen man, um nicht den Handel auf Kosten des konkurrenzpflichtigen Grundbesizers heben zu wollen, greifen solle. Es sei sonderbar, daß man den Ruf der Industrie und des Handels nach billigen Frachten zu berücksichtigen geneigt sei, während man die Klagen des durch die Straßenerhaltung gedrückten Grundbesizers überhöre. Die aus dem Landesfonde in Aussicht gestellten Subventionen seien nicht das wahre Mittel der Aushilfe, weil zur Deckung jener Subventionen der Grundbesitzer denn doch in letzter Linie berufen sein würde, wornach er außer für seine eigenen Straßen noch für fremde Straßen zu konkurriren hätte. Die Reifnitz-Planinaer Straße werde vornehmlich von Holzspekulanten benützt. Es liege kein Grund vor, die Spekulanten von der Mauth frei zu halten. Die Bemaunthung stelle sich als das gerechteste Mittel der Straßenerhaltung heraus. Wer die Straße benütze, solle sie erhalten. Je stärker die Benützung, desto größer das Mautherträgniß. Uebrigens stehe die Bewilligung von Mauthen der Regierung zu, und es sei den Gemeinden überlassen, dieselben anzuziehen. Soviel habe Redner vorbringen zu sollen geglaubt, um die gegen die Bemaunthung geltend gemachten Gründe zu bekämpfen.

Abg. Mülle bringt vor, daß die vorliegende Kategorisirung der Straßen auf Grund der frei abgegebenen Wünsche der bestehenden Gemeinden vorgenommen worden sei, daß die Annahme der beantragten Straßen-

eintheilung die später als nothwendig sich herausstellenden Abänderungen nicht präjudizire und daß die Einwendungen gegen das Zeitgemäße des Gegenstandes bei der Einbringung der bezüglichen Regierungsvorlage hätten geltend gemacht worden sein sollen.

Abg. Baron Apfaltrern. Man beantrage den Uebergang zur Tagesordnung, weil die neuen Gemeinden noch nicht konstituirt und dieselben im Gegenstande der Frage nicht einvernommen worden seien. Dagegen finde er zu bemerken, daß zwar die Gemeinden in der gegenwärtigen Abmarkung nicht bestehen werden, daß aber die Bevölkerung, die eben durch ihre Gemeindeorgane die Wünsche geäußert hat, dieselbe bleiben werde. Die diesfälligen Äußerungen, wie sie vorliegen, haben demnach denselben Werth, wie die der künftigen Gemeindeorgane, indem es aus den vorliegenden Akten unbestritten hervorgehe, daß die abgegebenen Gutachten der Gemeinden mit den Anträgen der Bezirksämter größtentheils in Widerspruch stehen und daher den Charakter der unbeeinflussten Meinungsäußerung an sich tragen. Die praktische Folge der ungesäumten Kategorisirung der Straßen sei aber die, daß die Straßen die als Konkurrenzstraßen behandelt werden sollen bestimmt sein würden und nach erfolgter Konstituierung der neuen Gemeinden ohne weiteres zur Bildung der Konkurrenzrayons geschritten werden könnte. — Man frage, wie die mit 10.000 fl. beantragten Subventionen verwendet werden sollen? Diese seien zur Wiederaufnahme von Straßenbauten bestimmt und sollen von den faktisch bestehenden Organen der Bestimmung gemäß verwendet werden.

Abg. Zagorj. Er finde, daß die neu beantragte Wertschetschendorf-Gurkfelder Straße durch den Krakauerwald überflüssig sei, da bereits die große Ararialstraße bestehe. Sei auch die projektierte neue Straße etwas kürzer, so würde sie einen verhältnißmäßig zu großen Kostenaufwand, namentlich wegen der schwierigen Terrainverhältnisse, erfordern. Er habe diesfalls zu Hause mit den Leuten gesprochen, und allgemein habe man sich insbesondere auch wegen der großen Armut der Bevölkerung gegen die gedachte Straßenerführung ausgesprochen. Er wäre daher dafür, daß die bestehende Ararialstraße entsprechend umgelegt werde, was mit weit weniger Kosten als der Neubau bewirkt werden würde.

Abg. Dr. Roman hebt hervor, daß die einvernommenen Gemeinden nicht dieselben seien, welche künftig zur Erhaltung der Straßen zu konkurriren haben werden, und da der Umfang der Gemeinden selbst ein größerer oder doch ein anderer werden soll, so seien die vorliegenden Einvernommungen nicht als Wunsch derjenigen Bevölkerung anzusehen, die eben bezüglich der einen oder andern Konkurrenzstraße interessiert erscheine. Was den Werth der gedachten Einvernommungen und der darauf fußenden Gesetzesanträge anbelangt, so wolle er nur bezüglich der als Konkurrenzstraße beantragten Beldezer Straße, die ihm wohl bekannt sei, bemerken, daß sie ihrer geringen Wichtigkeit wegen als Konkurrenzstraße behandelt zu werden nicht verdiene. Er stimme daher für die Vertagung des Sitzungsgegenstandes und sei insbesondere prinzipiell dagegen, daß man den Bezirksämtern die mehrgedachten 10.000 fl. zur Verfügung stelle.

Abg. Kromer ist der Ansicht, daß es angezeigt sei, das Straßengesetz nach den einzelnen Stadien durchzuführen. Das erste Stadium sei die Kategorisirung der Straßen. Schaue man die Straßenkarte an, so werde man finden, daß die Straßenzüge in einigen Bezirken geradezu ein Netz darstellen, während andere Bezirke nur wenig Straßen aufweisen. Die Konkurrenz werde daher nicht überall dieselbe sein. Um Mißverhältnisse in der Konkurrenz zu beseitigen, diene vorerst die Kategorisirung der Straßen. Die Bildung der Konkurrenzrayons werde seinerzeit nachfolgen. Die Einwendung, daß die neuen Gemeinden noch nicht da seien, sei nicht maßgebend, da die Wichtigkeit einer Straße vom Zustandekommen jener Gemeinden denn doch nicht abhängen könne. Die Bedenken gegen die Einreihung der einen oder andern Straße als Konkurrenzstraße können bei der Spezialdebatte vorgebracht werden.

Abg. Mülle meint, daß die Kategorisirung der Straßen die Vorbedingung zur Gestaltung der Konkurrenz-Rayons darstelle und das Vorhandensein der neuen Gemeinden nicht erfordere.

Abg. Dr. Roman wendet ein, daß sich die künftigen Konkurrenz-Rayons nach dem Umfange der neuen Gemeinden bilden werden und diesen auch bezüglich der Eintheilung der Straßen das maßgebende Votum gewahrt werden müsse.

Se. Erzelenz der Herr k. k. Statthalter sprechen im Namen der Regierung den Wunsch aus, daß die Kategorisirung der Straßen so bald als möglich zu Stande komme, und nehmen von einigen bezüglich der Straßenerverwaltung der k. k. Bezirksämter gefallenen verlegenden Worten zur Bemerkung Anlaß, daß es für die Bezirksämter nur erwünscht sei, so bald als nur möglich von der Last und Verantwortung bezüglich der Besorgung der Bezirksstraßen entbunden zu werden, und nicht weiter mißtrauischen Bekrittelungen und Bemerkungen ausgesetzt zu sein.

Abg. Dr. Costa macht geltend, man müsse vorerst wissen, wer konkurrenzpflichtig sei, und dann sein Gutachten bezüglich des Objektes seiner Konkurrenz einholen. Das könne wegen Nichtvorhandensein der neuen Gemeinden dormalen nicht geschehen.

Man warte daher mit der Kategorisirung der Straßen bis hin zu und trenne überhaupt nicht das, was zusammen gehöre. Uebrigens sei er auch gegen die Ueberlassung der Verwendung der beantragten 10,000 fl. an die faktisch bestehenden Organe, nicht aus Misstrauen, sondern weil das neue Straßengesetz diese Art der Verwendung der Landesmittel nicht kenne.

Abg. S a g o r c erhebt sich nochmals, um gegen die Passirung der 10,000 fl. Einsprache zu thun.

Die Generaldebatte wurde hiemit geschlossen.

Schluß der Sitzung um 1/3 Uhr.

Nächste Sitzung Montag.

Tagesordnung: Fortsetzung der heutigen Debatte; der während der Sitzung eingebrachte Dringlichkeitsantrag wegen Bewilligung einer Unterstützung für einen Abbrandler; Bericht des Landesausschusses über die Wahl eines Landtagsmitgliedes aus dem Großgrundbesitz; Antrag auf Bewilligung von 600 fl. für die Selearfeier der hies. Ackerbaugesellschaft; Antrag auf Genehmigung des vom Landesausschusse einer Gemeinde bewilligten Verkaufes einer Grundparzelle; Unterstützung der Nothleidenden Krains.

Oesterreich.

Wien, 12. Jänner. Mit großer Beharrlichkeit erhalten sich jene Nachrichten, welche eine Einmischung des Auslandes in die schleswig-holsteinische Angelegenheit als bevorstehend bezeichnen. Man hat wohl sehr entschieden dementirt, daß es die Westmächte seien, welche diese Frage vor das Forum der europäischen Mächte ziehen wollen; aber die große Zurückhaltung, welche die Berliner offiziöse Presse gegenüber den Enthüllungen bezüglich der Haltung des russischen Hofes beobachtet, lassen keinen Zweifel darüber, daß das Kabinet von St. Petersburg den annexionsistischen Bestrebungen des Grafen Bismarck nichts weniger als hold ist. Sind auch die Aeußerungen, welche der Großfürst Konstantin bei seiner letzten Anwesenheit in Berlin nach dieser Richtung hin gemacht hat, von einem Theil der Presse allzu stark aufgetragen worden, so ist doch so viel gewiß, daß der Großfürst sich gegen das Annexionsprojekt erklärt hat. Offizielle Stimmen haben auch dieses Faktum nicht in Abrede zu stellen gewagt, und wenn die feudale Korrespondenz zur Beruhigung unserer Annexionisten eine längere Auseinandersetzung brachte, in welcher die guten Beziehungen Preußens zu Rußland betont sind, und auf das Interesse hingewiesen wird, welches Rußland an der Entwicklung der Herzogthümerfrage nehme, so liegt in diesem Theile jenes Exposés gerade eine indirekte Bestätigung des von uns behaupteten. (N. Frdbll.)

Triest, 9. Jänner. Bekanntlich besteht die ganze 30,000 Seelen zählende Bevölkerung des Triester Territoriums aus Slovenen, welche bisher eines politischen Organs in ihrer Sprache entbehrten, während sie doch berufen sind, wichtige politische Rechte anzunehmen. Die längst gefühlte Bedürfnisse ist nun abgeholfen, und heute ist die erste Nummer einer slovenischen Zeitschrift erschienen, welche den Titel führt: „Nirski Primorjan“ (der illyrische Uferbewohner).

Wien, 10. Jänner. Die heutige erste Sitzung nach mehrwöchentlicher Pause war wieder so vollzählig besucht, wie die früheren, oder eigentlich noch vollzählig, da seitdem mehrere Wahlen stattgefunden haben und in Folge dessen einige neue Deputirte hinzugekommen sind. Es war 10 1/2 Uhr, als die Präsidentenglocke erklang und die auf 10 Uhr angefragte Sitzung eröffnet wurde. Nach Verlesung des Protokolls der letzten Sitzung legte der Präsident die bei der Landtagsöffnung von Seiner Majestät dem Primas eingehändigten und von diesem wieder ihm übergebenen versiegelten Schriften vor und ließ dieselben verlesen. Es waren: das Oktoberdiplom, das Februarpatent und der Beschluß des 1861er kroatischen Landtages, betreffend das Verhältniß des dreieinigigen Königreiches zu Ungarn. Nach Verlesung dieser Aktenstücke beantragte Deak, daß dieselben nach den Verifikationsarbeiten bei der Adressdebatte in Verhandlung genommen und bis dahin in Druck gelegt und vertheilt werden sollen. — Der Präsident meldet hierauf mehrere Einläufe an, und zwar zunächst das Schreiben der Stadt Finne an den Landtag, welches den Wunsch nach unmittelbarem Anschluß an Ungarn ausdrückt und das vorgelesen und mit wiederholtem lebhaften Ekstas aufgenommen wurde. Diese Petition wird dem Oberhause mitgetheilt werden. — Dann meldete der Präsident, daß ihm zur Deckung der Kosten des Hauses 100,000 fl. zur Verfügung gestellt wurden, und wird hierauf auf seinen Antrag zur Feststellung des Budgets des Hauses eine Kommission ernannt. — Die Mitglieder der Kommission zur Prüfung des Diariums und des Petitionsanschusses werden morgen gewählt, und zwar erklärte sich die Majorität dagegen, daß der Präsident hiezu Namen in Vorschlag bringe. — Der auf die typographische Herstellung des Diariums bezügliche Vertrag mit dem Buchdrucker Emich wurde der Budgetkommission zugewiesen. — Die Witwe des Generals Edelspacher bietet die von ihrem Gatten hinterlassene reichhaltige Münzsammlung zum Ankauf für das Nationalmuseum an. Dieser Gegenstand wird einer Kommission zur Berichterstattung bis Ende Februar zugewiesen werden. — Ferner sind Petitionen für und

gegen verschiedene Wahlen, und nach einer längeren Debatte darüber, ob diese Schriftstücke unmittelbar dem Hause oder früher den Abtheilungen vorzulegen seien, erklärte sich das Haus mit an Einstimmigkeit gegen die überwiegende Majorität für Letzteres. — Die nach Konstituierung des Hauses gegen bereits verifizierte Mitglieder eingelangten Petitionen werden ad acta gelegt und den Einsendern zur Verfügung gestellt. Die Wahlprotokolle der seit Konstituierung des Hauses angekommenen Deputirten werden den neun Abtheilungen übergeben. — Schließlich meldete der Präsident, daß zwanzig Mitglieder zum Behuf der Erleichterung der Verifikationsarbeiten die Abhaltung einer geschlossenen Sitzung beantragen. In Folge dessen hob er die Sitzung um 12 Uhr auf und meldet, daß in zehn Minuten die geschlossene Sitzung beginnen werde. — Unter den neu angekommenen Deputirten, deren Wahlprotokolle heute angemeldet wurden, befindet sich auch Herr Karl von Rémet aus Preßburg, an der Stelle des Grafen Emil Dessesy gewählt, der durch seine erschütterte Gesundheit gezwungen war, sein Mandat niederzulegen. Gewisse Blätter wollten damals wissen, daß diese Mandatsniederlegung einen anderen, als den angegebenen Grund habe, welcher jedoch leider nur zu richtig war, denn heute traf hier die Meldung von dem heute in den frühesten Morgenstunden erfolgten Hinscheiden des edlen Grafen ein, in welchem das Land einen kenntnißreichen Patrioten und den neuen Begründer der ungarischen Akademie verliert. Graf Emil Dessesy gehörte zu den Vorführern der vormärzlichen konservativen Partei und erwarb sich seinen literarischen Ruf durch seine zuerst im „Századant“ erschienenen „Alföldi levelek“ (Alföldbriefe) und durch mehrere andere theils politische, theils volkwirtschaftliche Schriften, in Folge deren er im Jahre 1843 zum korrespondirenden Mitgliede der ungarischen Akademie ernannt wurde. Seiner Partei diente er seinerzeit auch als Redakteur des „Budapesti Hirado“, dessen Leitung er im Jahre 1844 übernahm. — Im Jahre 1848 zog er sich von der Öffentlichkeit ganz zurück und lebte ausschließlich im Kreise seiner Familie. Im Jahre 1854 wurde er Präsident der Akademie, im Jahre 1858 trat er mit seinem erfolgreichen Aufruf an die Nation hervor, der Akademie mittelst freiwilliger Beiträge einen Palast zu erbauen. — Graf Emil Dessesy wurde am 24. April 1812 in Speries geboren und hat demnach ein Alter von 54 Jahren erreicht.

Agram, 12. Jänner. Wir haben schon zu wiederholten Malen Gelegenheit gehabt, auf die vagen Gerüchte aufmerksam zu machen, die aus unserer Landeshauptstadt, wir wissen nicht aus welchen Gründen, in die Welt geschickt werden, um die ohnehin nicht ganz aufgeklärte Situation noch mehr zu trüben. Um nicht von weit ausholen zu müssen, erinnern wir nur an das pikante Telegramm, das dem „N. Frdbll.“ vom 10ten d. aus Agram zugesandt wurde, und an die vielen Kombinationen, welche betreffs der Adresse unseres Landtages in auswärtigen Blättern zirkulirten und die, wie hierorts hinlänglich bekannt ist, jeder Begründung entbehren. Das Komitee, dem die Verfassung der Adresse anvertraut wurde, dürfte bis Montag schwerlich den Entwurf der Adresse vollenden, und es dringt sehr wenig in die Öffentlichkeit über die Grundprinzipien, an denen das Komitee festhält. Neuester Zeit beschäftigt man sich gegen alles Erwarten mit den slawonischen, vorzugsweise mit den slyrischen Landtagsabgeordneten. Man will erfahren haben, daß die „meisten“ ihre Mandate niederzulegen gedenken! Es fällt uns fürwahr sehr schwer, diesem Gerüchte einigen Glauben beizulegen. Se. Majestät hat in der edelsten Absicht mit vollstem Vertrauen die Vertreter der Völker Oesterreichs aufgefordert, an dem großen Werke der Neugestaltung des Staates und der einzelnen Länder Theil zu nehmen. Unserem Landtage wurde namentlich einer der wichtigsten Aufgaben zu Theil, durch seine zu fassenden Beschlüsse einen bedeutenden Einfluß auf die Richtung der innern Politik Oesterreichs zu üben. Sollte es wirklich in unserem Landtage Abgeordnete geben, die sich durch freiwillige Niederlegung ihrer Mandate der hohen Aufgabe entziehen wollten? Sollte es solche geben, die im entscheidenden Momente, wo es sich um die Lösung der staatsrechtlichen Fragen, um die Feststellung unserer Zukunft handelt, den Ort mit ruhigem Bewußtsein verlassen könnten, wo über das Wohl und Wehe unseres Vaterlandes berathen werden soll? Wir können unmöglich daran glauben und halten diese und ähnliche Gerüchte für bloße Erfindungen, die bestimmt sind, die Würde und Wichtigkeit unseres Landtages zu schwächen. Wir haben ein allzu großes Vertrauen zu dem Patriotismus unserer Landtagsdeputirten, um solchen Mandatverweirern auch den geringsten Glauben schenken zu können. Ernst ist die Gegenwart, ernst die Situation; und dieser Ernst erfordert, daß man das Vertrauen unseres allergnädigsten Herrn mit Vertrauen erwidert, und nicht, daß man es zurückweist gerade in einem Augenblicke, wo es gilt, mit ungeschwächtem Muthe an das begonnene Werk Hand anzulegen! (Agr. Ztg.)

Rusland.

München, 8. Jänner. Gewisse Blätter haben in der letzten Zeit mit großem Eifer das Gerücht kol-

portirt, der König gehe mit dem Gedanken um, der Krone zu entsagen. Wie man nun dem „Nürnb. Korr.“ aufs Bestimmteste versichert, ist jene Absicht weder vom König geäußert, noch sind ihm irgendwie hierauf bezügliche Insinuationen gemacht worden.

Turin, 8. Jänner. Was schon Dante den Italienern in so ernster Weise vorgeworfen, die blinde, selbstzerstörende Uneinigkeit im eigenen Lande nämlich, dies tritt heute wieder in verhängnißvoller Weise hervor. Sie können sich kaum einen Begriff von dem Zwiespalt machen, der im Augenblicke unsere politischen Parteien in lauter feindliche Lager trennt. Es ist ein wahres Chaos, aus dem das arme Land Gott weiß wie und wann gerettet werden wird! Abscheulich ist die Wuth, womit bisher geachtete Personen, nur aus dem Grunde, weil sie zur Macht gelangten, in den Koth gezerrt werden. Dies gilt besonders von dem neuen Finanzminister Scialoja, der mit lauten und bitteren Anschuldigungen und Beleidigungen insultirt wird. Lesen Sie diesfalls, was ein Brief der neuesten „Gazzetta del popolo“ an General Lamarmora über das Vorleben des neuen Ministers Alles anzugeben weiß! Indessen kennt sich das neue Ministerium schon jetzt vor Verlegenheiten und Hindernissen nicht aus. Es heißt, daß es bereits eine achttägige Verlängerung der mit dem 14ten d. M. endenden parlamentarischen Ferien in Anregung gebracht, aber von den meisten Deputirten hierüber nur Proteste zur Antwort erhalten habe. Man glaubt übrigens allgemein, daß weitgehende faktische Ersparnisse auf allen Verwaltungsgebieten und eine strengere Disziplin die unabwiesbaren beiden Hauptfächer der künftigen Ordnung der Dinge werden dürften, was schon aus dem Zirkular des neuen Marineministers, General Angioletti, deutlich hervorgeht. Der König reist noch immer, meistens in Gesellschaft des Generals Della Rocca, zwischen Florenz und Turin hin und her und scheint von schweren Sorgen gedrückt zu sein. Heute verlautet hier, daß der bekannte Conte Terenzio Mamiani zu unserem Gesandten in Bern und Marquis Caracciolo di Bella, früher in Konstantinopel, jetzt zum Gesandten in Spanien ernannt worden sei.

Paris, 12. Jänner. Aus guter Quelle wird versichert, Prim sei den ihn verfolgenden Truppen entkommen und auf französisches Gebiet übergetreten. — Dem „Memorial diplomatique“ zufolge wird Lamarmora das Portefeuille des Krieges übernehmen, sobald das Ministerium definitiv den Plan zur Entwaffnung angenommen haben wird; die Präsidenschaft wird Lamarmora gleichfalls behalten. — Der „Abend-Moniteur“ bestätigt die Nachricht von der Zerspaltung der Mannschaft des Generals Prim, welcher in den Bergen Zuflucht suche. Die Regierung habe vom Senat die Ermächtigung verlangt, Prim zu richten. — Die „Patrie“ meldet: In Saragossa haben leichte Unruhestörungen aus Anlaß ungeschickter Maßregeln der Behörden stattgefunden; diese Maßregeln wurden zurückgenommen und ist die Ruhe eithier nicht mehr gestört worden.

Madrid, 11. Jänner. General Zabala, von Malagon anrückend, die Kolonne des Gouverneurs von Ciudad-Real im Guadiana-Thal und General Echague, durch das Tajo-Thal vorrückend, haben die Insurgenten gezwungen, aus den Gebirgen von Toledo herauszugehen. Prim marschirt über Fuente-Azolispo gegen Portugal zu. Die Truppen halten die Gebirgsausgänge besetzt. Die Auflösung der Insurgenten ist vollständig. Das Land ist ruhig.

Spanien. Der „Moniteur“ theilt in einer vom 6. d. M. datirten Madrider Korrespondenz mit, daß der Militärputsch (schaukourrée), an dessen Spitze sich General Prim befindet, im Lande keinen Anklang findet. Die 300 Mann des 18. Regiments, die sich in Avila erhoben, mußten vor Valladolid zurückweichen. Sie waren auf einem Expreßtrain angekommen, fanden aber auf beiden Seiten des Bahnhofes die Truppen des Generalkapitans in so fester Position aufgestellt, daß sie vorzogen, sich gegen Zamora zu wenden, von wo sie ebenfalls sich zurückziehen mußten, nachdem 60 der Ihrigen sich den Regierungsbehörden gestellt hatten. Sie wandten sich hierauf gegen die portugiesische Grenze, von drei Kolonnen verfolgt. Was die Husaren von Bahlen und Calatrava betrifft, so sind sie kaum 400 Pferde im Ganzen stark. Dazu kommen noch etwa 30 junge Catalonier, die Escoda, ein ehemaliger Freischaaarenführer, und ein anderer catalonischer Chef, der unter dem Beinamen El Rey de las Baraguetas bekannt ist, befehligt. Diese letzteren stießen bei Villas rejo de Salvanes zu den Rebellen. General Prim hat den Brigadegeneral Milans del Bosch und den Kriegsauditor Monteverde, die beide den marokkanischen Feldzug mit ihm durchgemacht, bei sich. Ueber die Bewegungen der die Rebellen verfolgenden Kolonnen theilt der „Moniteur“ an bereits Bekanntes anschließend, mit, daß, als Zabala die Hängebrücke von Tuentiduenca über den Tajo zerstört fand, er etwas weiter abwärts die Furten von Estremera durchschritt. Die Rebellen, die anfänglich Cuenca und von da die felsige Gegend von Maestrazgo, vielleicht gar Catalonien erreichen wollten, wurden dadurch genöthigt, sich nach der entgegengesetzten Gegend, nach den Bergen von Toledo, zu wenden, immer aber südlich von Madrid und ohne sich in Verbindung mit den Rebellen von Avila setzen zu können. General Prim, der sich zwischen den Kolonnen Zabala und Concha befindet, scheint keine

andere Wahl zu haben, als sich in die Berge von Toledo und dann in die Sierra Morena zu werfen. — Die Korrespondenz schließt mit der Versicherung, daß alle Nachrichten aus den Provinzen ausgezeichnet sind und daß der Aufstand der Bevölkerung Gelegenheit geboten hat, ihre Anhänglichkeit an die Königin und ihre Friedensliebe an den Tag zu legen. — Seit dem 2ten d. M. zahlt der Staatsschatz bei offener Kasse alle fälligen Forderungen aus. Auch für die folgenden Monate sind die Fonds gesichert. Im Laufe des Dezember wurden 3004 zu den Nationalgütern gehörige Liegenschaften zum Preise von 27 Mill. Realen ausgeteilt und zu 55 Mill. Realen losgeschlagen. Es ist damit dem Finanzministerium eine reiche Hilfsquelle eröffnet. — Man liest in der „Esperanza“ vom 6. d. M.: „Marschall D'Ommeil hat seit vier Tagen die Kleider nicht gewechselt. Jedermann bewundert seine Energie, die Festigkeit, mit der er eine Unzahl von Befehlen erteilt und alles besorgt, was unter so schwierigen Umständen nötig ist.“ Wie dasselbe Blatt meldet, ist den Stationen von Madrid, Avila, Valladolid, Venta de Banas, Miranda, Otagutia, Zaun und Alur del Rey Befehl zugegangen, beständig eine geheizte Lokomotive in Bereitschaft zu halten, um nöthigenfalls Truppen zu transportieren.

Tagesneuigkeiten.

— In Wien ist gegenwärtig der Wassermangel so groß, wie man sich dessen seit Menschengedenken kaum erinnert. Vom Stadtphysikat wurde an den Magistrat die Anzeige erstattet, daß in sehr vielen Häusern ein so bedenklicher Mangel an Trinkwasser eingetreten ist, daß sogar die Aerzte in Verlegenheit gerathen, wie sie den Kranken das nothwendige Getränk und in erforderlichem Falle die kalten Ueberschläge verschaffen sollen. — Der k. belgische Gesandte Herr Graf D'Sullivan ist, wie wir mit aufrichtigem Bedauern mittheilen, am 12. d., Abends 10 Uhr, nach längerer Krankheit gestorben. (Wr. Abdpst.)

— In der Landtagsitzung vom 11. d. M. in Graz hatten 39 Abgeordnete für, 18 gegen die Freiheitlichkeit des Bodens gestimmt.

— Aus Landstraß in Krain, 11. Jänner, schreibt man der „Tgpt.“: Gestern Abends halb 6 Uhr verspürte man hier ein heftiges Erdbeben, welches 2 Sekunden anhielt und kleinere Gegenstände aus ihrer Lage brachte.

— Aus Laibach, 11. Jänner, schreibt man der „Tgpt.“: Der historische Verein für Krain ist, wie wir seinerzeit gemeldet haben, unterm 5. September v. J. bei der k. k. Landesregierung Krains um die Verfügung eingeschritten, daß von Seite der h. Staatsregierung die Abfassung eines Handbuchs der Geschichte Krains veranlaßt und dasselbe als Lehrbuch an den öffentlichen Lehranstalten, insbesondere der Realschule und dem Gymnasium eingeführt werde. Das h. k. k. Staatsministerium hat nun im Wege der Landesregierung mit Erlaß vom 7. Dezember 1865 Folgendes an die Direktion des historischen Vereins eröffnet: Nach den mit Unterrichtsministerial-Erlaß vom 23ten Mai 1850 kundgemachten, seitdem an allen Gymnasien befolgten Bestimmungen unterliegt es keinem Anstande, daß der Geschichtslehrer da, wo er jener Vorschrift gemäß beim Unterrichte die Hauptereignisse aus der Geschichte des österreichischen Staates hervorzuhelien hat, auch die Ereignisse des speziellen Vaterlandes berücksichtige. Eine solche Geschichte bildet aber weder einen abgesonderten selbständigen Gegenstand des Unterrichtes, noch kann hiefür den bestehenden Normen gemäß die Einführung eines eigenen Lehrbuches in Aussicht gestellt werden. Bei diesem Sachverhalte wäre es umso mehr unstatthaft, daß die Regierung die Herausgabe eines solchen Buches in die Hand nehme, als der k. k. Schulbuchverlag das Privilegium zur Herausgabe von Gymnasial-Lehrbüchern nicht mehr besitzt und derlei Unternehmungen den Privatverlegern überlassen bleiben.

Lokales.

— Der hiesige Brigadefeldkommandant, Generalmajor Eduard v. Kottée, der wegen seines ehrenwerthen Charakters sich der allgemeinen Achtung und Theilnahme erfreut, hat sich von seiner gefährlichen Krankheit, die wir seinerzeit meldeten, bedeutend erholt, und ist sogar Hoffnung zur vollständigen Genesung vorhanden.

— Vom Ministerium für Handel und Volkswirtschaft wurde mit Verordnung vom 25. Dezember 1865, Z. 16490, vom 1. Jänner 1866 angefangen das Poststrickgeld für ein Pferd und eine einfache Post für den ersten Semester 1866 festgesetzt. Dasselbe beträgt für Krain 1 fl. 26 kr. ö. W. Die Hälfte davon entfällt als Gebühr für einen gedeckten Stationswagen und der vierte Theil für einen ungedeckten Wagen, Postillons-Trinkgeld und Schmiergeld bleiben unverändert.

— Am 18. d. M. werden beim hiesigen Bezirksgerichte mehrere Gegenstände verkauft, die aus strafgerichtlichen Untersuchungen herühren und bei welchen sich auch Gold- und Silberfachen befinden.

— Das Sängerkränzen, auf welches wir schon an einer andern Stelle hingedeutet haben, wird vom Männerchore der philharmonischen Gesellschaft zu Ehren des Damenchores des Vereines am 29. d. M. im Schießstattsaal gegeben.

— Bei den Benefize-Stücken der Herren Hartig und Hörmann wird Herr Heinrich Penn aus Gefälligkeit wieder auftreten. Im Schauspiel „Andreas Baumkircher, oder die Ritterempörung“ von Kalchberg, welches im Grazer Thalia-theater sehr oft gegeben wurde und nun Herr Hartig zu seinem Benefize wählte, wird Penn den Kanzler und im „Michael Kohlhaas“ zum Benefize des Hörmann den Martin Luther darstellen. Dieses Stück ist nach Kleist's Novelle von einem Tiroler Dichter bearbeitet und bemerkenswerth, daß Luther wohl auf den bairischen Bühnen auftritt, auf österreichischen Bühnen aber als Propst von Regensburg erscheint. In München wurde der Kohlhaas zwanzig Mal nacheinander gegeben.

— Auch die Buchdrucker von Laibach beabsichtigen einen allgemeinen „Kranken-, Invaliden und Wiatums-Verein“, wie er in Wien, Prag, Pest u. s. w. schon seit vielen Jahren wohlthätig wirkend besteht, zu gründen, und ist zu diesem Zwecke ein lithographirter Entwurf der Statuten bereits erschienen.

— Nächsten Sonntag findet in den Schießstättelokalitäten der erste diesjährige Ball für die Mitglieder statt.

(Theater.) Die samstägige Benefizvorstellung des Herrn Blumlachner ist — hinter den gehegten Erwartungen weit zurückgeblieben; hoch hatten wir dieselben wohl nie gespannt, glaubten aber auch andererseits nicht an eine so arge Enttäuschung. Die vom Benefizianten selbst (nach Kokebue) bearbeitete und in Musik gesetzte zweiaktige „komische Operette“: „Der orientalische Schwur“ ist ein ganz dilettantisches Machwerk mit wenig musikalischen Gedanken und einem noch geringeren musikalischen Zusammenhange. Das Ganze ist ein eben nicht vortrefflich ausgeführtes „Mitterstück“, in dem des Heldenritters Schildknappe (Herr Blumlachner) viele äußerst gelungene Couplets singt. Der Knappe ist auch die einzige komische Figur der „Operette“, die hier wohl nicht mehr über die Bretter gehen dürfte. Wir unterlassen es daher auch, uns über dieselbe des Weiteren auszulassen und bemerken nur, daß Herr Blumlachner für einige, mit trefflicher Komik dargestellte Nummern vom zahlreich anwesenden Publikum mit gewohntem Beifalle beglückt wurde.

Aus den Landtagen.

Triest, 12. Jänner. In der gestrigen Landtagsitzung wurde der Regierungsvorschlag betreffs der Reform des städtischen Statuts der bereits bestehenden Kommission zugewiesen, die Anträge auf eine Denkschrift an die Regierung wegen Beschleunigung der Eisenbahnverbindung Agram-Esseg-Kaniska-Brad und Förderung der bezüglichen Studien, so wie weiterer Studien über die direkte Eisenbahnverbindung Triests mit dem Wadensee wurden angenommen und wird der Antrag betreffs Ausdehnung eines österreichisch-sardinischen Handelsvertrages auf sämtliche italienische Provinzen an eine Kommission überwiesen.

Wiz, 11. Jänner. Abg. Seyrl und Genossen beantragen ein Gesetz des Inhalts: Alle Rechte, die nach §. 6 des Patentges von 5. Juli 1853 von Amtswegen der Ablösung und Regulirung unterliegen, sind binnen sechs Monaten nach Kundmachung dieses Gesetzes zur Kenntniß der Grundlastungsbehörde zu bringen. Werden bis zu jenem Termine derlei Rechte nicht angemeldet, so hat die schuldtragende Partei die Kosten der hierüber einzuleitenden Amtshandlungen zu tragen. — Hierauf Erledigung des Landespräliminars pro 1866.

Wetz, 11. Jänner. Unterhausitzung. Der Bericht des Grafen Julius Andrássy über den Empfang der Gratulationsdeputation in Wien wird verlesen und die Rede Ihrer Majestät der Kaiserin mit begeistertem Elan aufgenommen. Der Präsident spricht die Freude des Hauses über den huldvollen Empfang und darüber aus, daß die Deputirten bald Gelegenheit haben werden, Ihrer Majestät hier ihre Huldigung darzubringen. Nach Anmeldung neuer Wahlprotokolle und Wahlpetitionen wird zur Wahl der Diarium-Prüfungskommission und des Petitionsausschusses geschritten.

Neueste Nachrichten und Telegramme.

Triest, 12. Jänner (Nachts). In der heutigen Handelskammeritzung wurde der Antrag Joseph Morpurgo's angenommen: Die Börsendeputation sei zu beauftragen, Maßregeln ausfindig zu machen, wie die Wirksamkeit des österreichisch-sardinischen Handelsvertrages auf alle italienischen Länder ausgedehnt werden könnte, und eine allfällige Denkschrift in diesem Sinne an die Regierung zu richten.

Wetz, 13. Jänner. „Hon“ konstatiert nach den bisherigen Verifikationen, daß das Haus sich bei denselben nicht von Parteiprejudizen, sondern nur von Gerechtigkeitsliebe leiten läßt. Dies sei ein Prognostikon für die ganze künftige Haltung des Landtages.

Schleswig, 13. Jänner. (Nat.-Ztg.) Ein Circular der Schleswig'schen Postdirektion an die Postanstalten enthält zum ersten Male eine k. preussische „Allerhöchste Verordnung“, betreffend den Wegfall der Comtoirgebühren, unterzeichnet vom König von Preußen, gegenzeichnet von Bismarck. Die Blätter ziehen daraus die Folgerung, man wolle damit den Schleswigern klar machen, daß Schleswig eine preussische Provinz sei.

Florenz, 13. Jänner. Die „Nazione“ meldet: Italien habe den Schifffahrtsvertrag mit dem Zollver-

eine gekündigt. Der Zustand Massimo d'Azeglio's ist ein sehr leidender.

London, 13. Jänner. (Nat.-Ztg.) In letzterer Woche verunglückten im Kanal 19 Schiffe mit und ohne Menschen.

Bayonne, 13. Jänner. Aus Madrid, 11. Jänner, wird gemeldet: Die Moderados hoffen, Manuel Concha werde nächstens mit der Bildung eines Cabinets beauftragt. — Gestern stießen die Studenten in den Straßen Madrids die Rufe aus: Es lebe Prim! Es leben die Arbeiter! — Eine heute Morgens veröffentlichte Proklamation des Militärgouverneurs befahl, daß alle Ansammlungen, bei welchen aufrührerische Rufe ausgestoßen würden, mit Gewalt zerstreut werden. — Man versichert, Prim fahre fort, sich gegen Portugal zurückzuziehen. In den Provinzen und in Madrid herrscht fortwährend Beunruhigung, aber der Aufruhr wird nicht moralisch unterstützt.

Milde Gaben für die Nothleidenden in Unterfrain

sind im Comptoir der „Laibacher Zeitung“ eingegangen:

Laut Ausweis vom 2. d. M.	25 fl.
Von Frau Rosalia Eger	3 „
„ Herrn Josef Schaffer, Verpflegsoberverwalter	12 „
„ M. P. und G. B.	20 „
„ Frau Gräfin Antonia Blagai	20 „
„ Herrn Johann Rautner, k. k. pensionirten Katastral-Inspektor	3 „
„ Herrn Baron Codelli	50 „
Zusammen	133 fl.

Weitere milde Gaben werden mit Dank angenommen und eingesäumt ihrer Bestimmung zugeführt.

Geschäfts-Beitung.

Ein neues Eisenbahngesetz für Oesterreich dürfte schon in nächster Zeit erscheinen. Im Finanz- und Handelsministerium ist man mit den diesfälligen Arbeiten nahezu fertig, und dürfte der Entwurf schon in einigen Tagen vor das Plenum des Ministerrathes gelangen. Die „Gr. Tagesp.“ ist in der Lage, über diesen Gegenstand einige Mittheilungen machen zu können. Im vorhinem bemerkt der Korrespondent, daß die Regierung für das System der möglichst unbeschränkten Privat-Industrie im Eisenbahnwesen ist und sich insofern von der früheren unterscheidet, als sie diese Privat-Industrie nicht nur gegenüber der unmittelbaren oder mittelbaren Staatsbetheiligung, sondern auch gegenüber den zentralisirten und monopolisirten Gesellschaften befürwortet. Die Vorkonzeption gibt den ersten Anpruch auf die definitive Konzession, welche mittelst direkten Zuschlages zu ertheilen ist. Bei der Zinsengarantie wird ein Minimum des Brutto-Ertrages garantiert. Steigt der letztere um 10 Prozent, so muß der Zarij um 10 Prozent herabgesetzt werden. Die Grundzüge werden genau festgesetzt, nach welchen die Normen bezüglich der Steuerbefreiung für die ersten Betriebsjahre, bezüglich der Einstellung der Einkommensteuer in die Betriebsrechnung und bezüglich der pünktlichen Leistung der garantierten Staatszuschüsse ertheilt werden. Was die Selbstgebarung der Eisenbahn-Direktionen betrifft, so wurden über den Abfluß der großen Summen ins Ausland eingehende Studien gepflogen, und soll das neue Gesetz Bestimmungen erhalten, deren Zweck es ist, wenigstens einen Theil des Geldes im Inlande zu fixiren. Die traditionelle Wirtschaft bezüglich des Bankkonto's soll eine gründliche Umgestaltung erfahren, ebenso dürften die jetzt geltenden Bestimmungen rücksichtlich der Ausnützung der Arbeitskraft einer wohlthätigen Reform unterzogen werden.

Laibach, 13. Jänner. Die Durchschnitts-Preise stellten sich auf dem heutigen Marke, wie folgt:

	Mitt.		Mitt.		Mitt.		Mitt.	
	fl.	kr.	fl.	kr.	fl.	kr.	fl.	kr.
Weizen pr. Metzen	—	—	4	5	Butter pr. Pfund	—	48	—
Korn	—	—	2	72	Eier pr. Stück	—	2	—
Gerste	—	—	2	25	Milch pr. Maß	—	10	—
Hafers	—	—	1	75	Rindfleisch pr. Pfd.	—	16	—
Halbschrot	—	—	2	90	Kalbfleisch	—	18	—
Heiden	—	—	2	27	Schweinefleisch	—	16	—
Hirse	—	—	2	40	Schöpfenfleisch	—	—	—
Rufnruß	—	—	2	55	Hähnchel pr. Stück	—	45	—
Erdäpfel	—	—	—	—	Tauben	—	—	—
Linzen	—	—	5	—	Hen pr. Zentner	—	—	—
Erbsen	—	—	4	50	Stroh	—	—	—
Fisolen	—	—	5	—	Holz, hart, pr. Kst.	—	8	50
Rindschmalz Pfd.	—	—	54	—	— weiches, „	—	6	50
Schweineschmalz „	—	—	40	—	Wein, rother, pr. Eimer	—	13	—
Speck, frisch, „	—	—	26	—	— weißer „	—	14	—
— geräuchert „	—	—	36	—				

Meteorologische Beobachtungen in Laibach.

Jänner	Zeit der Beobachtung	Barometerstand in Pariser Linien auf 0° R. reducirt	Lufttemperatur nach Reaumur	Wind	Ansicht des Himmels	Niederschlag in Wiener Linien
13.	6 U. Mg.	325.77	+ 0.6	windstill	trübe	—
	10 „ N.	326.61	+ 1.0	D. sehr schw.	Sonnensch.	5.18
	2 „ Ab.	328.52	+ 2.2	windstill	Nebel	Schnee
14.	6 U. Mg.	329.14	— 2.4	windstill	Nebel	—
	2 „ N.	329.28	— 2.8	N.W. f. schw.	heiter	0.00
	10 „ Ab.	330.10	— 2.0	windstill	trübe	—

In der Nacht vom 12. auf den 13. ausgiebiger Schneefall. Der 13. gegen Mittag Aufhellung. Nachmittags warm, sonnig, starkes Schmelzen des Schnees, um 6 Uhr Abends trat wieder Nebel ein. Den 14. Morgens neblig, Nachmittags Sonnenschein. Als kürzlich eingetroffener Wintergast ist der Schneebussard (Falco lagopus) zu bezeichnen, der den Winter über auf der Morastebene sich aufzuhalten pflegt. Seit dem letzten Schneefalle sind der Buchfink, der Ammerling, die Nebelkrähe und Saatkrähe an die Stadt näher gerückt, wo sie in den Straßen und Alleen ihre Nahrung suchen.

Verantwortlicher Redakteur: Ignaz v. Klei n m a y r.